

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 4

Artikel: Autonomie und die aktuelle Situation : eine historische Reflexion
Autor: Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339856>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ich glaube, dass der «Bewegung» heute eine Friedenspraxis vorzuschlagen bedeutet: Ihr eine Praxis der Verweigerung und der Sabotage vorzuschlagen. Verweigerung der Arbeit, Sabotage der Ausbeutung, Sabotage ihrer Gewalt und Schädlichkeit; Ablehnung und Verweigerung der Parteien als Sabotage der Vermittlung der Staatsherrschaft; Ablehnung und Verweigerung des Militärdienstes als Sabotage der Kriegsvorbereitung; Wohngemeinschaften als Sabotage der Familie und Ablehnung und Verweigerung der Geschlechterrollen; Ablehnung der Kernenergie als Sabotage der Militarisierung des Territoriums und des giftigen Nuklearmülls; Ablehnung der Spielregeln als Sabotage des «demokratischen Systems» usw. ...»

Ich will nicht behaupten, dass die sich als Linke bezeichnenden Leute, die mancherorts in der Sozialdemokratischen Partei das grosse Wort führen, sich mit diesem Programm vollständig identifizieren. Ihre anarchistische Schlagseite führt sie aber dazu, das Programm Bellinis auf halbem Weg zu befolgen: Die Beteiligung an Exekutiven und Legislativen in Gemeinde und Staat wird als unwichtig missachtet. Man huldigt einem politischen Lyrismus im Sinne von Ernst Bloch, einem verbalen Radikalismus, einer geschwätzigen Diskussionitis, bewundert und rechtfertigt «actions», die den Bürger schrecken sollen.

All das hat keinerlei Wirkung in Richtung einer Veränderung der Gesellschaft. Jener Teil der heutigen Jugend, die von einem alternativen Leben redet, will auch keine Veränderung der Gesellschaft. Sie will aussteigen, sie will alternative Lebensformen *neben*, nicht anstelle der heutigen Gesellschaft realisieren.

Die Herrschaft des Grosskapitals in der gegenwärtigen Gesellschaft bleibt so unangetastet. Mit Kommunen und mit Aussteigen und mit Verweigern wird weder den Multinationalen noch den Banken, noch dem Bürgertum ein Leid getan. Die Alternativen, die Aussteiger, geniessen daher durchaus folkloristische Narrenfreiheit. Sie bilden willkommenen Stoff für die Massenmedien zur Unterhaltung des Publikums. Falls Gewalt als Vehikel der Autonomie angewendet wird, gibt sie dem herrschenden Bürgertum die Rechtfertigung zur Praxis in Richtung Polizeistaat. Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung bleibt nach wie vor die zum Bewusstsein ihrer Stärke gekommene Masse der Lohnabhängigen. Sie sind eine, wenn zurzeit in der Schweiz auch schläfrige ökonomische Macht. Sie hat ihre politische und gewerkschaftliche Organisationen. Aufgabe der Sozialisten ist es, in der von Habermas so bezeichneten langfristigen *Strategie der massenhaften Aufklärung* dieser ökonomischen und politischen Macht das Bewusstsein ihrer selbst zu vermitteln.

Es geht also nicht darum, sich in Kommunen ausserhalb der

kapitalistischen Gesellschaft anzusiedeln und der Illusion einer Autonomie zu huldigen, die ja nur solange für eine alternative Minderheit Bestand haben könnte, als es der relative «Wohlstand» der Gegenwart erlaubt.

Zur Veränderung der Gesellschaft bedarf es der Geduld und der Ausdauer. Mit hysterischem «subito» ist nichts zu verändern.

Das Programm der Selbstverwaltung ist gerichtet auf wirkliche Autonomie. Selbstverwaltung ist gegenwärtig noch ein fernes Ziel. Das Programm ist grundsätzlich richtig, aber keineswegs etwa neu in der sozialistischen Bewegung.

Für eine Politik wirklicher Veränderung bedarf es der Fähigkeit, das gegenwärtig richtige Kettenglied zu fassen. Das ist heute in Richtung auf Autonomie und Selbstverwaltung die Forderung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen und Betrieben. Sie durchzusetzen erfordert von der Arbeiterbewegung hartnäckige und geduldige Aufklärung bei der grossen Masse der Lohnarbeitenden. Hier liegt die konkrete und auf die Dauer wirksame verändernde Arbeit von Sozialisten.

Andreas Gross

Autonomie und die aktuelle Situation

Eine historische Reflexion

Geschichte dient uns zur Orientierung in der Gegenwart und ist für uns Voraussetzung zur bewussten Gestaltung der Zukunft. In diesen Rahmen möchte ich auch meine gerafften Überlegungen zur geschichtli-

chen Bedeutung des Begriffes Autonomie stellen. Erschwerend wirkt sich dabei aus, dass es sich die SP in den letzten Jahrzehnten abgewöhnt hat, ihre eigene Geschichte kritisch zu hinterfragen; ihre Mitglieder

sind es nicht mehr gewohnt, auch theoretische Fragen zu debattieren. Doch wir sollten die auch durch solche Unterlassungsünden hervorgerufene Identitätskrise der SP nicht nur als Belastung empfinden; wir können sie auch als Chance sehen, unvoreingenommener an die Vergangenheit heranzutreten und Überreste festgefahrener Theorietraditionen vorurteilsloser zu befragen und zu überwinden.

Eine Geschichte des Begriffs Autonomie schreiben, hiesse die Geschichte der Arbeiterbewegung zusammenfassen. Denn Autonomie ist geschichtlich bloss ein anderes Wort für den uns heute geläufigeren Ausdruck Selbstbestimmung. Und die Forderung nach Selbstbestimmung der Menschen in allen Lebensbereichen durchzieht die Geschichte der Arbeiterbewegung wie ein roter Faden.

Und dennoch sprach man von Autonomie in einem etwas speziellen Zusammenhang. Ich denke hier nicht an die Antike, auch nicht an das Mittelalter (Eigenständigkeit gewisser Städte) und nicht an die Bedeutung, welche der Philosoph Kant diesem Begriff gab. Ich denke daran, dass es vor allem Anarchisten waren, die im Rahmen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert und noch heute den Terminus Autonomie am häufigsten gebrauchten. Und dies macht wohl dessen aktuelle Brisanz aus.

Doch so wenig wie die Anarchie hat die Autonomie wesentlich mit Bomben, Chaos und Terror zu tun. Eine bestimmte anarchistische Fraktion griff um die Jahrhundertwende an einigen Orten Europas zu diesen gewalttätigen Mitteln — und seither ist dieser Teil der Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Öffentlichkeit diskreditiert. Nicht nur für die bürgerliche Öffentlichkeit: Auch für die Sozialdemokratie, vor allem für

die älteren, teilweise durch kommunistische Parteischulen gegangene Genossen ist Anarchie gleichbedeutend mit dem Schlimmstmöglichen. Doch darauf werden wir noch zurückkommen müssen.

Diese negative Tendenz des Inhaltes von Anarchie hat sich mit den Jahrzehnten noch dadurch verstärkt, als sich diese Losung gerade wegen ihrer schillernden Diffusität noch mancher Bewegung von «Unzufriedenen» anbot, ohne dass diese sich um deren historische Wurzeln kümmerte. Auch darauf hat der wohl interessanteste noch lebende «Anarchist» der Schweiz, der Basler Antiquar und Buchhändler Heiner Koechlin (62) in einem Gespräch mit der SP-Presse («Volksrecht» vom 14.1.1981) hingewiesen. Der in München lebende «älteste Anarchist Europas», Augustin Souchy (89), Schüler von Mühsam und Landauer, bezeichnete in jenem Gespräch mit dem «Volksrecht» Anarchie als «gewaltlose Ordnung anstelle organisierter Gewalt». (Die Autobiographie Souchys erschien 1977 im Luchterhand Verlag).

Doch darum kümmern sich bewegte Jugendliche von heute wenig. Als Souchy im Herbst 1980 auf einer seiner periodischen Vortragstourneen durch Europa auch im Zürcher Volkshaus sprach, lauschten ihm im halb vollen Saal mehr Sozialdemokraten als anderswie Bewegte. Sagte Cardi, ein neunzehnjähriger bewegter Lehrling aus Bern auf die Frage, was er denn unter Anarchie verstehe: «Das heisst, dass die Autonomie im Vordergrund steht. Aber nicht alles kaputtmachen. Mehr kann ich da nicht viel sagen. Meinen Anarchistenstern habe ich zufällig gekauft, spontan, weil ich gern Schmuck habe.» («Der Bund» vom 6.11.81) Wir sollten den Jugendlichen aber weniger bei solchen Definitionen

behaften, sondern mehr mit ihnen sprechen, wie sich ihre Vorstellungen konkretisieren und verwirklichen liessen.

Autonomie wurde und wird als umfassender Gegenbegriff zu Anpassung, Unterordnung und Fremdbestimmung an, unter und durch eine sich selber äussere, fremde Instanz oder Person verstanden. Autonomie steht gegen Vereinnahmung im umfassenden Sinn. Und zwar wirtschaftlich in der Arbeit (vereinnahmende Instanz: Kapital), politisch in der gemeinschaftlichen Organisation (Institutionen jeglicher Art, zentral der Staat) sowie ethisch-kulturell (autonom gegenüber beispielsweise religiösen oder patriarchalischen Normen). Autonomie im historischen Sinn — auf die teilweise gewalttätige Bewegung der «Autonomen» im Italien der 70er Jahre gehe ich hier nicht ein, obwohl die «NZZ» die Zürcher Bewegung zwecks Terroraffinität über die Person Bellini damit in Verbindung zu bringen suchte — betont dabei Eigenständigkeit, nicht Unabhängigkeit. Hier entspricht der Bedeutungsinhalt dem diplomatischen Gebrauch des Terminus Autonomie: Bevor eine Kolonie in die Unabhängigkeit «entlassen» wird, hat sie innerhalb der traditionellen Bindung einen «autonomen» Status.

Autonomie ist somit in ihrer umfassenden Bedeutung durchaus mit dem Inhalt identisch, den wir Sozialdemokraten heute als Selbstverwaltung bezeichnen. Auch Arnold Künzli ist mit dieser Gleichsetzung einverstanden (Basler Zeitung vom 18.10.81). Im Sinne einer umfassenden Zielbestimmung hatten historisch weder der marxistische Flügel noch der anarchistische Flügel der Arbeiterbewegung damit Differenzen. Dies kommt auch in einer «Tagwacht»-Artikelserie von Herman Greulich zum Aus-

druck, in der er sich mit den Anarchisten auseinandersetzte, dabei auch deren Begriff Autonomie gebrauchte und die 1877 und 1911 unter dem bezeichnenden Titel «Der Staat- vom sozialdemokratischen Standpunkt aus» als Broschüre erschienen ist.

Im Ziel war man sich durchaus einig. Weniger allerdings in den Mitteln, welche die Arbeiterschaft und damit die grosse Mehrheit des Volkes dem Ziel näher bringen sollten. Und dabei war nicht die «Gewaltfrage» im Zentrum der Kontroverse, sondern wie auch Greulich klar erkannte, der Staat.

Der Staat in seiner gegenwärtigen Form ist im wesentlichen ein Kind des in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufstrebenden Industriebürgertums, den es sich schuf, um seine wirtschaftliche Macht, welche auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen beruhte, abzusichern und weiterzuentwickeln. Der europäischen Arbeiterbewegung stellte sich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts deshalb die Frage: Soll sich die Arbeiterbewegung zwecks umfassender Befreiung («Autonomie») der Arbeiterklasse den Staat erobern und ihn dann sukzessive abschaffen, wie die Mehrheit um Marx vorschlug, oder soll die Arbeiterbewegung sich «direkt» in und neben dem Produktionsbereich kollektiv befreien und dabei den Staat als Organisation mit «Zwangsscharakter» rechts liegen lassen, wie dies die «Anarchisten» um Bakunin verlangten?

Die Bedeutung dieser grossen Kontroverse für unseren heutigen Zusammenhang, ohne dass ich darauf ausreichend eingehen kann: Die marxistische Strategie der Überwindung des Staates mittels dessen Eroberung machte eine rigide Organisation der Arbeiterklasse notwendig, welche dem zu über-

windenden Staat ähnlich sein musste: In einer hierarchisch strukturierten, auf feingliedriger Machtdelegation beruhenden Partei, in die eine stark zu disziplinierende und zu «führende» Arbeiterklasse zu organisieren war: Die SPD mehr noch als die SPS glich und gleicht einem Staat im Staat mit eigenen Normen, Gesetzen, Gerichtsbarkeit, bloss — damals — anderer Zielsetzung.

Die Anarchisten wählten den anderen Weg. Sie wollten den Staat als zusätzliche Quelle von Zwang nicht länger akzeptieren und lehnten auch eine Organisation in Form eines Abbildes des Staates, der Partei, ab. Sie kämpften für die direkte Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten und deren sofortige Selbstverwaltung und kollektive Organisation auch in der Reproduktion. Ein Schweizer, der Lehrer und Typograph James Guillaume aus Le Locle, hat 1876 auf 40 Seiten in seinen «*Idees sur l'organisation sociale*» (Broschüre, die nur in französischer Sprache existiert) eine sehr differenzierte «Selbstverwaltungs-Alternative» zum Staat skizziert. Seine Basis: Eine selbstverwaltete Wirtschaft, deren Produzenten sich lokal, regional und überregional auf zwei Ebenen organisieren: Als Produzenten und als Bürger. Originell wie Guillaume die öffentlichen Aufgaben wie Schule, Gesundheitswesen, Strassenbau und Handel, Selbstverwaltungskörpern der Produzenten, beziehungsweise der Bürger auf den verschiedenen Ebenen zuordnete und sie miteinander in Beziehung setzte.

Bloss, die anarchistischen Konzepte hatten eine ganz grosse Schwachstelle: Ihre ganze gesellschaftliche Konzeption beruhte auf vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Sie gingen von einem Menschen aus, der noch ganzheitlich ar-

beitete, wie beispielsweise in den Uhrenmanufakturen des St. Immertals, wo die Anarchisten zu Hause waren, und wo sie auch von Bakunin und Kropotkin, die ihre «wirtschaftliche und geistige Souveränität» klar analysierten, besucht wurden. Auch ihre «staatliche Alternative» ging von einer vorkapitalistischen individuellen Kapazität aus: Als in den 70er/-80er Jahren des 19. Jahrhunderts auch die Uhrenindustrie kapitalisiert wurde, sich arbeitsteilig und grossindustriell organisierte, verloren die Anarchisten ihre «Massenbasis».

Dennoch: Ohne eine zeitgemässe Alternative zum bürgerlichen Staat zu entwickeln, erwies sich ihre Kritik an ihm als bedeutsam: Die Anarchisten, sie nannten sich auch «libertäre Sozialisten», warnten in damaligen Worten vor der Eigendynamik von grossen Institutionen. Sie kritisierten, dass diejenigen, welche antraten, den Staat zwecks Abschaffung zu erobern, eher vom Staate vereinnahmt und selber von diesem erobert würden. Sie warnten davor, die «Autonomie» des Individuums innerhalb des kleinen Staates Partei zu beschränken und hierarchisch zu disziplinieren. Unter diesen Umständen, so die Anarchisten, müsse der Mensch verkümmern. Genauer: Die Sozialisten reproduzierten politisch die durch den Kapitalismus verursachte wirtschaftliche Verkümmern des Menschen, förderten so die Zerstörung seines Selbstbewusstseins, das zum Aufbau der sozialistischen Alternative aber notwendig ist. In dieser Kritik und Warnung liegt die aktuelle Bedeutung der alten Anarchisten. Ihrer vor mehr als 100 Jahren geäusserten Kritik ist zumindest eine prophetische Berechtigung nicht abzusprechen. Fritz Brupbacher, der Zürcher Arbeiterarzt in seiner alten Broschüre

über «Marx und Bakunin» (1976 in Berlin neu aufgelegt, wie auch Brupbachers Autobiographie «60 Jahre Ketzer» 1981 im Limmat Verlag): «Jeder, der sich einbildet, dass in diesem Kampf Marx endgültig Bakunin besiegt habe, besitzt den Verstand einer Eintagsfliege. Im Jahre 2000 oder sogar vorher wird der Kampf zwischen Marx und Bakunin von neuem ausbrechen.»

Während ein alter Kommunist (im «Vorwärts» vom 1.10.1981) noch heute überzeugt schreibt: «Die Arbeiterschaft im bürgerlichen Staat bedient sich entweder dessen komplizierten Strukturen oder sie wird breitgeschlagen», drückt sich Souchy vorsichtiger aus: «Der Einzelne muss frei sein, darf nicht ausgebeutet werden und muss gleichberechtigt sein. Der Weg dorthin führt weniger über den Staat als die Sozialdemokraten bisher geglaubt haben. Sicherster Garant der Freiheit aller ist das Selbstbewusstsein jedes einzelnen.» (Volksrecht-Interview). Es geht heute gewiss nicht gegen, beziehungsweise ohne den Staat. Sehr wahrscheinlich brauchen wir ihn mehr, als dies im «Vorentwurf» (Rotes Büchlein) zum neuen SPS-Programm skizziert ist, beispielsweise im Enteignungsprozess des Kapitals zur Selbstverwaltung; wenn wir ihn auch modifizieren und zur Demokratisierung erweitern müssen.

Doch wir dürfen daraus nicht die Folgerung ziehen. Wir müssen uns in unserem Kampf auf den Staat beschränken. Wir müssen unsere Partei und zusätzliche direkte Felder der Voraussage der Zukunft (Wohnbereich, Freizeitbereich, Selbstorganisation des Widerstandes usw.) so organisieren, dass sich das verkümmerte individuelle Selbstbewusstsein im offenen Kollektiv wieder regenerieren und so entfalten kann,

dass wir es im Kampf um den Staat niemals verlieren können. Das ist die Autonomie, um die es geht, die wir uns wieder aneignen müssen und von niemanden wegnehmen lassen dürfen. Inwiefern dies auch im Produktionsprozess angesichts gegenwärtig und zukünftig angewandeter Technologie noch möglich ist, ist heute die grosse Frage, die ein André Gorz verneint. Aus dem massenhaften Fehlen der Autonomie im heutigen Alltag entstehen aber die massenhaften «kompensatorischen Bedürfnisse» (Rudolf Bahro), deren zum Teil auch bloss fiktive Befriedigung, beziehungsweise das permanente Hintennachrennen hinter diesem Ziel «Befriedigung» die Menschen heute daran hindert, die Verhältnisse in ihrem Sinn

umzukrempeln. Und die sie so schnell nach Polizei rufen lassen, wenn da einige Hundert Jugendliche dennoch auf die Idee kommen, sich «autonom» einzurichten. Deshalb kann ich der Gorz'schen Teilkapitulation vor kapitalistischen Zwängen nicht folgen, und glaube, dass wir uns künftig den Produktionsbereich so einrichten müssen, dass die Menschen ihre Autonomie auch dort nicht gänzlich verlieren. Wir müssen die Technologie diesem politisch zu bestimmenden Ziel unterordnen, nicht die Menschen der Technologie, wie sie kapitalistischen «Zwängen» entspringt. In solchen Fragen mündet eine historische Betrachtung des Begriffes Autonomie. Ihre weitere Diskussion ist dringend notwendig.

Armin Jans

Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte

Programmmentwurf und Bundesverfassungsrevision

Im zweiten Teil seiner Betrachtungen stellt der Autor der gegenwärtigen Regelung des betrieblichen Eigentums die Vorstellung des Programm-Vorentwurfs gegenüber. Sodann werden vier Elemente des neuen Entwurfs kritisch diskutiert. Schliesslich wird die Frage aufgeworfen, inwieweit der Entwurf für eine neue Bundesverfassung dem Programm-Vorentwurf entgegensteht. Dabei werden nur Konzepte behandelt. Übergangsstrategien und Aktionsprogramme bleiben ausgeklammert, da dies den Rahmen eines einzelnen Artikels sprengen würde.

1. Zur gegenwärtigen Ordnung

1.1 Allgemeines zur Eigentumsordnung

In Artikel 22ter der geltenden Bundesverfassung wird das private Eigentum als solches (Institutsgarantie) und in seinem

Bestand (Bestandesgarantie) gegenüber Gesetzgeber und Verwaltung gewährleistet. Im einzelnen

● verhindert die *Institutsgarantie* nicht nur eine Sozialisierung des Bodens oder der Betriebe schlechthin. Nach geltender Doktrin ist ein Mindestmass